

13./4. 1918

13
10

Die Einschränkung des Fremdenverkehrs und Ernährungsfragen vor dem Ausschuß.

Staatssekretär v. Waldow über die Brotration.

Im verstärkten Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde am Freitag beim Etat des Staatsministeriums Beschwerde erhoben gegen die Bundesratsverordnung, deren § 1 die Landeszentralbehörden ermächtigt,

den Fremdenverkehr

in Heilbädern, Kurorten, Erholungsplätzen sowie sonstigen Orten mit unter 6000 Einwohnern zu beschränken. Der Staatskommissar für Volksernährung rechtfertigte diese Bestimmung, im weiteren Verlauf der Erörterung erklärte aber der Vizepräsident des Staatsministeriums, daß die Staatsregierung die Angelegenheit noch einmal prüfen werde, zumal ihr diese auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Bundesratsverordnung vorher nicht vorgelegen habe.

Darauf begann die Beratung der

Ernährungsfragen,

und zwar mit dem Bericht des Abg. Dr. Hoersch (kons.). Er führte aus, daß die Ernährungsverhältnisse sich außerordentlich schwierig gestaltet hätten; unsere ganze Ernährungsorganisation, insbesondere das Kriegsernährungsamt, könne den gestellten Anforderungen nicht genügen. Auf die Einfuhr aus der Ukraine könne man sowohl wegen der Preise als auch wegen der Beförderungsschwierigkeiten keine allzugroßen Hoffnungen setzen. Der Ernährungsbeirat des Kriegsernährungsamts bestehe aus nicht sachverständigen Männern, und darum seien seine Befugnisse bedenklich.

Der zweite Berichterstatter, Abg. Lippmann (Fort Schr. Bp.), verteidigte den Ernährungsbeirat und bemängelt die Nichtberufung des aus Reichstagsabgeordneten bestehenden großen Beirats.

Der Staatskommissar für Volksernährung, Staatssekretär v. Waldow, betonte, daß die Mitglieder des Ernährungsbeirats sich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigen und sehr nützliche Arbeit leisten. Eine vollkommen befriedigende Lösung der Ernährungsfragen müsse an der Knappheit der Vorräte scheitern, nach der wir uns eben einrichten müßten.

Ob die Brotration aufrechterhalten werden könne,

hänge auch davon ab, was wir aus der Ukraine bekämen, aber es besteht die größte Hoffnung, daß wir ohne erhebliche Notstände bis zur nächsten Ernte durchkommen. Die nach Oesterreich-Ungarn gelieferten Nahrungsmittelmengen waren nicht erheblich, und die feinerzeit dorthin gelieferten 4500 To. Mehl sind bereits wieder in Rücklieferung begriffen. Der frühere ungarische Ernährungsminister habe zunächst das Prinzip des freien Handels aufrechterhalten wollen; nach zwei Monaten aber war die Volksernährung vollkommen festgefahren, und der jetzige Minister nehme eine andere Stellung in dieser Beziehung ein, so daß mehr Ordnung auch in die ungarischen Ernährungsverhältnisse hineinkomme. Die mangelhafte Fleisch- und Milchversorgung ist in erster Linie auf die schlechte Futtermittelernte, nicht aber auf die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes zurückzuführen; die paar Prozent Rühе, die abgeschlachtet wurden, spielen dabei gar keine Rolle. Ohne die feinerzeitige große Schweineabschlachtung würden wir nicht durchgekommen sein.